

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einleitung	1
1.1 Die wesentlichen Problemstellungen und Arbeitsschwerpunkte	5
1.2 Theoretischer Ansatz und methodische Durchführung	10
2 Parlamentarische Kontrolle - Wesen und Standortbestimmung des Kontrollverhältnisses zwischen den Verfassungsorganen Parlament und Regierung in Theorie und Praxis	14
2.1 Allgemeine Begriffsbestimmung	17
2.2 Kategorien politischer Kontrolle	20
2.3 Zum Verständnis parlamentarischer Kontrolle	23
2.4 Der Begriff der parlamentarischen Kontrolle	26
2.5 Der Gegenstand parlamentarischer Kontrolle	27
2.5.1 Inhalte parlamentarischer Kontrollen	29
2.5.2 Initiatoren parlamentarischer Kontrolle	31
2.5.2.1 Der Parlamentarier als Mitglied des Verfassungsorgans "Parlament"	33
2.5.2.2 Der Parlamentarier als Mitglied der Verfassungs- institutionen "Mehrheitsfraktion(en)" und "Oppo- sitionsfraktion(en)"	34
2.5.2.3 Der Parlamentarier als Mitglied der Verfassungsgrößen "Mehrheit" oder "Minderheit"	40
2.6 Voraussetzung für eine realitätsadäquate Ausübung parlamentarischer Kontrolle	42
2.6.1 Informationsgewinnung	44
2.6.1.1 Informationsgewinnung durch Information seitens der Regierung selbst und deren Beauftragte	45
2.6.1.1.1 Das Recht zur Forderung auf Anwesenheit von Regierungsmitgliedern	45
2.6.1.1.2 Die Große Anfrage	46
2.6.1.1.3 Die Kleine Anfrage	48
2.6.1.1.4 Die Aktuelle Stunde	49
2.6.1.1.5 Die Fragestunde	50
2.6.1.1.6 Schriftliche Anfragen	51
2.6.1.1.7 Die parlamentarische Kontroll- kommission	51
2.6.1.2 Selbständige Informationsgewinnung durch das Parlament	52
2.6.1.3 Informationsgewinnung durch Dritte	53

	Seite
2.6.1.3.1 Die Bundestagsausschüsse	53
2.6.1.3.2 Die öffentliche Anhörung	54
2.6.1.3.3 Der Petitionsausschuß	56
2.6.1.3.4 Zugang zu Datenbanksystemen und Verbindungen zu Medienvertretern	58
2.6.2 Informationsverarbeitung	58
2.6.2.1 Parlamentarische Hilfsorgane zur Informationsverarbeitung	59
2.6.2.1.1 Der Wehrbeauftragte	59
2.6.2.1.2 Enquete-Kommissionen	60
2.6.3 Informationsbewertung	62
2.6.3.1 Das freie Mandat	63
2.6.3.2 Kontrolle durch parlamentarische Mitregierung	64
2.6.3.3 Das Budgetrecht und der Bundesrechnungshof	66
2.6.4 Stellungnahmen und Entscheidungen	69
2.6.4.1 Das konstruktive Mißtrauensvotum	71
2.6.4.2 Die Vertrauensfrage	74
2.6.4.3 Der Mißbilligungsantrag	75
2.7 Die parlamentarische Kontrolle im Funktionsprozeß des Bundestages	76
3 Das parlamentarische Untersuchungsrecht als ein wesentliches Kontrollinstrument	77
3.1 Das Untersuchungsrecht im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland	82
3.1.1 Das Parlament als Drehscheibe für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in einem parlamentarischen Staatssystem	82
3.1.2 Der Stellenwert des Untersuchungsrechts in der angelsächsischen Politik	89
3.2 Die Entstehungsgeschichte der Ua in Deutschland bis zum Ende der Weimarer Republik	93
3.2.1 Die Bedeutung Max Webers für das moderne parlamentarische Untersuchungsrecht	99
3.2.2 Die Rolle der Ua in der politischen Praxis der Weimarer Republik	102
3.3 Die Einbindung parlamentarischer Ua in den Gründungsprozeß eines demokratischen Regierungssystems	107
3.3.1 Gesetzliche Grundlagen des Untersuchungsrechts	111
3.3.1.1 Die Geschäftsordnung (GO) des Deutschen Bundestages	111
3.3.1.2 Besonderheiten des Regelwerks der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft	112
3.3.1.3 Die Verankerung von Ua auf der Länderebene	114

	Seite	
3.3.2	Grenzen des parlamentarischen Untersuchungsrechts	115
3.3.3	Die systemimmanente Praxisrelevanz parlamentarischer Kontrolle durch Ua	118
3.3.4	Kategorien parlamentarischer Ua	123
3.4	Die Bestimmungen des Art. 25 der Hamburger Verfassung zur Einberufung von Ua ergänzt durch die GO der Hamburger Bürgerschaft und den IPA-Regeln	125
3.4.1	Aufgabe des Ua	126
3.4.2	Verfahrensgrundlagen	127
3.4.2.1	Die Einsetzung	127
3.4.2.2	Der Ausschußvorsitz	129
3.4.2.3	Die Beweiserhebungsrechte	130
3.4.2.4	Öffentlichkeit der Beweiserhebung/Beratung	131
3.4.2.5	Rechts- und Amtshilfe	132
3.4.2.6	Die sinngemäße Anwendung der StPO	133
3.4.2.7	Die Stellung von Zeugen, Sachverständigen und Betroffenen	134
3.4.2.8	Gewährleistung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	136
3.4.2.9	Aussagegenehmigung und Aktenvorlage	137
3.4.2.10	Das Verhältnis von Untersuchungsrecht und justizialer Kompetenz	139
3.4.2.11	Voruntersuchungen	140
3.4.2.12	Die Position der Minderheit in bürgerschaftlichen Ua	141
3.4.2.13	Die Verschwiegenheitspflicht	142
3.4.2.14	Der Abschlußbericht	142
3.5	Analyse und Bewertung des bürgerschaftlichen Ua zur Aufklärung des "Stoltzenberg-Skandals"	144
3.5.1	Der "Fall Stoltzenberg"	144
3.5.1.1	Die Kulminationsphase des Umweltskandals Stoltzenberg	144
3.5.1.2	Die Entwicklung der Firma Stoltzenberg unter den Augen der Hamburger Verwaltung	146
3.5.2	Der "Rabels-Bericht"	154
3.5.3	"Darstellung des Senats zum Sachverhalt über die Vorfälle bei der Firma Stoltzenberg"	155
3.5.4	Die Einsetzung eines Ua durch die Hamburger Bürgerschaft auf der Grundlage des Art. 25, Abs. 1 der Hamburger Verfassung	156
3.5.5	Ablauf des Untersuchungsverfahrens	156
3.5.5.1	Die Beweisaufnahme	156

	Seite	
3.5.5.2	Würdigung der durch die Beantwortung der Fragen 1 bis 8 gewonnenen Erkenntnisse	165
3.5.5.3	Petitum	176
3.5.6	Erkenntnisse und Konsequenzen aus der Arbeit und den Ergeb- nissen des "Stoltzenberg-Ua" für die Beurteilung der Funktionsfähigkeit parlamentarischer Kontrolle	177
3.5.6.1	Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im "Ua-Stoltzenberg"	178
3.5.6.2	Bewertung des Arbeitsprozesses	179
3.5.6.3	Transparenz des Verfahrens für die Öffentlichkeit	180
3.5.7	Aufdeckung von Mängel und Defiziten in politischen und administrativen Bereichen	182
3.5.7.1	Politische Auswirkungen	182
3.5.7.2	Erkenntnisse aus den Ergebnissen des Ua und der Haas-Kommission für eine Reform des administrativen Systems	183
3.5.7.3	Allgemeine Defizite innerhalb bürokratischer Strukturen und Funktionen	185
3.5.7.4	Personalpolitische Konsequenzen	188
3.5.8	Die Ausübung parlamentarischer Kontrolle durch den "Stoltzenberg-Ua"	189
3.6	Analyse des Verfahrens und der Wirkungen des bürgerschaftlichen Ua zur Aufklärung der Beziehungen zwischen dem Wohnungsunternehmen "Neue Heimat" und den Hamburger Behörden	191
3.6.1	Gesetzliche Grundlagen zur Regelung der Existenz und der Betätigung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (WU)	192
3.6.2	Entstehungsgeschichte des WU "Neue Heimat"	194
3.6.3	Der wirtschaftliche Niedergang des WU "Neue Heimat"	195
3.6.4	Die Einsetzung eines parlamentarischen Ua nach Art. 25 HV	199
3.6.4.1	Die Beweisaufnahme	199
3.6.4.2	Eingrenzung bzw. Präzisierung des Untersuchungsauftrages durch den Ua	200
3.6.4.3	Die Forderung zur Aktenvorlage durch den Ua	202
3.6.4.4	Die Beweiswürdigung	206
3.6.4.4.1	Aussagen zur Aufsichts- und Prüfungstätigkeit nach den Bestimmungen des WGG	207
3.6.4.4.2	Aussagen zu den rechtlichen Regelungen betreffend der Aufsichts- und Prüfungsfunktion	208
3.6.4.4.3	Bewertung der behördlichen Aufsicht über die NH durch den Ua	209

	Seite	
3.6.4.4.3.1	Das Primat der Wohnungspolitik	209
3.6.4.4.3.2	Verhaltensweisen der Behördenleitung	211
3.6.4.4.3.3	Das Verhältnis zwischen AfW und Steuerbehörde	212
3.6.4.4.3.4	Erkenntnisse des Ausschusses zu möglichen Konsequenzen auf den betreffenden Behördenebenen	213
3.6.4.4.4	Beurteilung der Stellung und des Verhaltens der NH durch den Ua	214
3.6.4.5	Ergebnisse der Ermittlungen zur Klärung der Geschäftsbeziehungen zwischen der NH und der FHH	219
3.6.4.6	Zielrichtung der abschließenden Empfehlungen des Ua	222
3.6.4.7	Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge	224
3.6.4.8	Abschluß des Verfahrens	224
3.6.5	Erkenntnisse und Konsequenzen aus der Arbeit und den Ergebnissen des Ua für die Wertung der Funktionsfähigkeit parlamentarischer Kontrolle	225
3.6.5.1	Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Ausschuß	225
3.6.5.2	Transparenz des Verfahrens	227
3.6.5.3	Effizienz des Arbeitsprozesses: Die Verfahrensweise bei der Beweiserhebung	229
3.6.5.4	Die Rechtsstellung von Personen im Verfahren eines parlamentarischen Ua	230
3.6.5.4.1	Der "Fall Orgaß": Die Vorgeschichte des Falles bis zur Spiegel-Veröffentlichung vom 08.07.1985	232
3.6.5.4.2	Gerhard Orgaß: "Betroffener" im Sinne des Untersuchungsrechts oder bloßes "Verfahrensobjekt"?	234
3.6.5.4.3	Eingriffsmöglichkeiten eines "Verfahrensobjektes" in den Ablauf einer parlamentarischen Ermittlung	235
3.6.5.4.4	Die Verwehrung auf Protokolleinsicht	238
3.6.5.4.5	Revision der Entscheidung auf Akteneinsichtverwehrung	240
3.6.5.4.6	Kurzanalyse einer Zeugenbefragung durch den Ua in der öffentlichen Sitzung vom 04.07.1985	241
3.6.5.4.7	Die Einschaltung gerichtlicher Instanzen zur Einflußnahme auf ein parlamentarisches Untersuchungsverfahren	244
3.6.5.4.8	Der "Fall Orgaß" in der Bürgerschaftsdebatte vom 11.06.1986	249
3.6.5.4.9	Das Orgaß-Memorandum als Teil des Abschlußberichtes zum 3. PUA "Neue Heimat" des Deutschen Bundestages	254
3.6.5.4.10	Bewertung des "Falles Orgaß" zum gegenwärtigen Zeitpunkt innerhalb der Bereiche Wissenschaft und Politik	255

	Seite	
3.6.5.5	Konsequenzen auf personellen, administrativen und politischen Ebenen	257
3.6.5.5.1	Personelle Konsequenzen	257
3.6.5.5.2	Politische und administrative Konsequenzen	258
3.6.5.6	Zusammenfassung der entscheidenden Kriterien zur Beurteilung des Ua	258
3.7	Allgemeine Erkenntnisse aus der Arbeit der bürgerschaftlichen Ua für die Beurteilung der Funktionsfähigkeit parlamentarischer Kontrolle	260
4	Notwendigkeit und Grenzen einer Reform parlamentarischer Ua im Rahmen der Effizienzsteigerung parlamentarischer Kontrolle	262
4.1	Der Ua - ein Forum zur Wahrheitsfindung oder Profilierungsstätte von Parteipolitikern?	264
4.2	Reformansätze	266
4.2.1	Stärkung der Minderheitenrechte	267
4.2.2	Verfahrenstechnische Innovationen	272
4.2.3	Neudefinition des Selbstverständnisses von Ua unter Berücksichtigung ihrer Stellung als parlamentarische Kontrollorgane	275
4.3	Reform des Untersuchungsrechts - ein Beitrag zur dynamischen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft	277
	Verzeichnis der Abkürzungen	279
	Literaturverzeichnis	280
	Anhang 1-4	